

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



Januar 2023

## Kreistag

### **Unterbringung von Geflüchteten**

Im Landkreis werden in diesen Wochen wieder Geflüchtete aus Krisengebieten erwartet. Die Unterbringung ist eine Herausforderung, die aus Sicht der FDP nur zu bewältigen ist, wenn Container aufgestellt werden. Die Unterbringung in Turnhallen ist für uns keine Option. Während der Pandemie konnte kein Sportunterricht stattfinden. Die Schüler haben darunter gelitten. Auch der Vereinssport darf nicht ausfallen, denn dort wird sehr viel für das Gemeinwesen auf die Beine gestellt, u.a. findet gerade beim Sport Integration statt. Kasernen, die zwar räumlich und logistisch für die Aufnahme von Geflüchteten geeignet scheinen, lehnen wir ab. Geflüchtete haben Schreckliches erlebt, oft durch Militär, und diese Menschen in Kasernen unterzubringen ist höchst unsensibel. Die Gemeinden im Landkreis sind nun aufgefordert Flächen zur Verfügung zu stellen, die für den Aufbau von Wohn-Containern geeignet sind.

## Berg

### **Glasfaserausbau**

Auch aufgrund der Bedenken der FDP hat die Gemeinde Berg den vorgelegten Vertrag zum Glasfaserausbau nicht unterschrieben, sondern hat sich um Vorlage eines Konkurrenzangebotes gekümmert.

Der Gemeinderat wird dann hierüber befinden.

### **Bauanträge**

Die erste Sitzung des Gemeinderates war hauptsächlich von Bauanträgen geprägt.

Der Gemeinderat befürwortete hierbei nahezu einstimmig ein Projekt, welches in einem älteren Satzungsentwurf vorgesehen war, aber offensichtlich versehentlich nie genutzt wurde. Der Ball wurde somit zur Genehmigung an das Landratsamt weitergegeben.

Ein weiteres schwieriges Projekt war die Einrichtung eines Boardinghauses mit bis zu 15 Wohneinheiten in einer Seitenstraße in Oberberg. Laut Bebauungsplan sind auf dem Grundstück lediglich zwei Einheiten zulässig. Der Gemeinderat lehnte den Antrag einmütig ab.

## Gauting

### **Halbzeit bei den Haushaltsberatungen 2023**

Mit der Beratung des Verwaltungshaushaltes gehen die Verhandlungen über den gemeindlichen Finanzetat in die Halbzeitpause. Zwar wurden bisher keine bahnbrechenden Entscheidungen getroffen, die dem strukturellen Defizit langfristig entgegenwirken, jedoch kann als Ergebnis der Verhandlungen nun sogar ein überschaubarer Jahresüberschuss für 2023 abgebildet werden.

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



Auch die FDP-Fraktion im Gautinger Gemeinderat beteiligte sich mit zahlreichen Vorschlägen zur Defizitverringerung. So werden auf unsere Anregung die Gautinger Bürgerversammlungen künftig weiterhin im Sitzungssaal des Rathauses abgehalten, wodurch Kosten für Saalmiete oder Veranstaltungstechnik eingespart werden können. Eine beantragte Reduktion des gebuchten Kontingents zur kommunalen Verkehrsüberwachung fand dagegen sehr knapp keine Mehrheit. Hintergrund: Bereits seit vielen Jahren setzt sich die Gautinger FDP-Fraktion für eine Konzentration der sehr defizitären externen Verkehrsüberwachung auf ein notwendiges Maß – d.h. insbesondere an Gefahrenstellen und Schulwegen ein. Ebenso kann unser Vorschlag zur moderaten Anhebung der jährlichen Hundesteuer von 60 Euro auf 80 Euro im Jahr 2023 aufgrund von Engpässen in der Verwaltung nicht umgesetzt werden. Wegen deutlich gestiegener Aufwände für Straßenreinigung und Hundestationen hielten wir eine verursachungsgerechte Umlegung dieser Kosten durchaus für vertretbar.

In zwei Wochen gehen die Etatverhandlungen dann mit der Beratung über den Vermögenshaushalt weiter, jenem Bereich, der die gemeindlichen Investitionen abbildet. Dabei hält die Gautinger FDP-Ratsfraktion ihre Forderung aufrecht, dass 2023 mindestens 6 Millionen Euro und damit rund die Hälfte der gemeindlichen Rücklage von einer Entnahme zu verschonen sind. Zur Erreichung dieses Ziels befürworten wir eine Konzentration auf die Fertigstellung bereits begonnener Projekte, wie beispielsweise der bereits in Umsetzung befindlichen Erweiterung der Stockdorfer Grundschule.

## Herrsching

### Nutzungskonzept für den Herrschinger Bahnhof

Der Herrschinger Bahnhof verfällt zusehends und ist ein Schandfleck in der Mitte des Ortes. Nachdem die Bahn die Bahnhofsgebäude, die die Gemeinde bereits 2009 erworben hatte, vor 2 Jahren endlich frei gegeben hat, wurde nun in öffentlicher Sitzung beraten, was dort in Zukunft passieren soll. Die FDP-Fraktion hatte sich sehr für einen Kultur- und Bürgersaal stark gemacht. An den Wochenenden könnte man die Bahnhofshalle auch als Indoor-Marktplatz nutzen. Zunächst musste aber geklärt werden, ob der Gemeinderat grundsätzlich eine Umnutzung wünscht, da dies erhebliche Auswirkungen auf die Planungs- und Sanierungskosten haben wird. Mit nur 2 Gegenstimmen entschied man sich für die Umnutzung. Allerdings werden Kulturveranstaltungen nur innerhalb des angestrebten gastronomischen Betriebs möglich sein. Wäre es nach der FDP-Fraktion gegangen, hätte man den Kulturbetrieb von der Gastro getrennt. Wie lange es nun dauern wird, bis diese Pläne realisiert werden können, steht bei der aktuellen Haushaltslage allerdings in den Sternen.

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



## Inning am Ammersee

### **Friedhofswesen**

Im Friedhof Buch werden erstmals Urnenerdgräber ausgewiesen und eine Erweiterung der Einzel- und Doppelgräber vorgenommen. Der Gemeinderat beschloss hierzu eine Neufassung der Satzung über die Benutzung der Bestattungseinrichtungen.

## Krailling

### **Windkraft**

Auf eine Bürgeranfrage im Ausschuss Bau-Umwelt-Verkehr am 17.01.2023 hin teilte Bürgermeister Rudolph Haux (FDP) mit, dass das Gespräch mit dem Betreiber des Flughafens Oberpfaffenhofen gesucht wurde, dann folgt noch das Luftfahrtbundesamt. Die militärischen Radarhöhen werden künftig Windrädern wohl nicht mehr im Wege stehen. Standortsicherungsverträge sind noch nicht abgeschlossen, weil eine Entscheidung des Gemeinderats zur Bürgerbeteiligung noch erfolgen soll.

### **Falschparker**

Der Bürgermeister kündigte im Ausschuss Bau-Umwelt-Verkehr an, dass künftig parkende PKW und LKW stärker als bisher kontrolliert werden sollen, um Falschparken zu unterbinden. Dies beginnt, sobald der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung freie Kapazitäten melden kann.

### **Glasfaser-Breitbandausbau**

Der Bürgermeister teilte im Ausschuss Bau-Umwelt-Verkehr mit, dass der Vertrag mit dem Interessenten an dem eigenwirtschaftlichen Ausbau der Breitbandinfrastruktur unterzeichnet wurde. Dabei übernimmt der Investor auch die Leerrohre der Gemeinde. Im Jahr 2023 werden nun die Anwohnerinnen und Anwohner eingeladen, einen 2-Jahres-Vertrag abzuschließen. Mit einer Übereinkunft hat die Gemeinde den Betreiber verpflichtet, keine „Drückerkolonnen“ einzusetzen. Wenn ausreichend Verträge geschlossen sind, beginnt 2024 der Ausbau des neuen Netzes.

### **Steuer-Hebesätze**

Der Gemeinderat hat am 31.01.2023 entschieden, die Hebesätze der kommunalen Steuern unverändert zu belassen bei 250 v.H. für Grundsteuer A, 340 v.H. für Grundsteuer B und 310 v.H. für die Gewerbesteuer.

### **Ehrenamt sichtbar machen - Wertschätzung und Respekt zeigen - Menschen zusammenbringen - Bestehendes Engagement unterstützen - Neues ermöglichen - Gesellschaft stärken**

Es gibt so viel gutes und großartiges Engagement in der Gesellschaft. Geben wir dem Raum, für weitere inspirierende Begegnungen. Positives entsteht durch und für BürgerInnen. Wollen wir über diese guten Nachrichten verstärkt sprechen und schreiben. Die Gemeinde kann derzeit kein weiteres Geld ausschütten, aber sie kann Zeit und Gelegenheit für Aufmerksamkeit und Austausch geben. So soll der Zusammenhalt in der Gemeinde nachhaltig gefördert werden, neue Verbindungen geschaffen werden, ein zusätzlicher und fester Zusammenhalt in der Nachbarschaft.

Somit möge der Gemeinderat folgendes mehrstufige Konzept zur Förderung des Ehrenamtes und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes beschließen:

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



1. Zu jeder GR-Sitzung dem Ehrenamt ermöglichen, sich in bis zu 5 Minuten zu präsentieren, über bestehendes oder neu geplantes Engagement zu sprechen. Die Bekanntmachung erfolgt über das GR-Protokoll, möglicherweise auch über die Presse. Aber sicher über eine neu zu schaffende Homepage (Seite), eine Art „Bürgerseite“. Hier hätte das Ehrenamt die Möglichkeit, sich zu präsentieren, Fundraising zu bewerben, Verbündete für das gemeinsame Ziel zu suchen und zu finden.

2. Gezielt Foren für Ehrenamt und Verein anbieten, um sich zu präsentieren: vielleicht an den Tagen des nächsten Berichts des Bürgermeisters, Marktsonntag oder Weinfest.

3. Konzeption und Begleitung eines „Ehrenamts-Standes“ bei diesen und anderen

Veranstaltungen soll durch den Gemeinderat erfolgen ... jeder kennt doch jemanden, der etwas beiträgt.

Am 31.1.2023 hat der Gemeinderat dem Antrag grundsätzlich zugestimmt, allerdings sollen die Vorstellungen im Ausschuss Finanzen-Soziales-Kultur stattfinden, eine Ehrenamtsbörse eingerichtet werden und bei allen Veranstaltungen wie Bürgerversammlungen und Straßenfesten. Die Organisation wird aus der FDP-Fraktion übernommen.

## **Öffnungszeiten Rathaus**

Der Antrag der FBK (Freie Wähler) am 31.1.2023 hatte zum Ziel, je einen Vormittag und einen Nachmittag zur „offenen Bürgersprechstunde“ zu machen und damit wieder teilweise zum offenen Rathaus zurückzukehren. Die Rathausverwaltung erarbeitete einen Gegenvorschlag, wonach das Bürgerbüro wieder ständig zu den Öffnungszeiten zugänglich wäre, wenn sichergestellt wird, dass die Rathaus-Mitarbeitenden sich ganz dem Bürger/der Bürgerin vertraulich widmen können und nicht durch „Wann komme ich dran?“ oder „Bei mir dauert es nicht lange“-Fragen gestört werden. Dafür wollte der Bürgermeister eine Ampel (1182 €) als Zutrittsregelung beschaffen, was aber abgelehnt wurde mit 8:10 Stimmen (FDP dafür). Daraufhin wurde der FBK-Antrag zurückgenommen, sodass jetzt eine praktikable Lösung nicht erfolgte. Bis dato werden die Besucher gebeten, einen Termin zu vereinbaren, was allen Beteiligten die Möglichkeit gibt, sich vorzubereiten und Zeit für das Bürgeranliegen zu nehmen. Wenn jemand aber vor der Tür stehe und klingelt, dann wird er natürlich nicht abgewiesen.

## **Pöcking**

Feuerwehr und Energie waren die zentralen Themen der Gemeinderatssitzung im Januar.

### **Feuerwehrhaus Maising**

Die Entwurfs- und Kostenplanung für das Feuerwehrhaus Maising wurde vorgestellt. Intensive Vorbereitungen und Diskussionen in einem eigens eingerichteten Arbeitskreis waren vorangegangen, bei denen die ursprüngliche Planung aufgrund hoher Kosten zurückgenommen wurde. Dennoch betragen die geschätzten Kosten für das Projekt fast 8 Millionen Euro, in denen der Bau von vier Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 200 m<sup>2</sup> enthalten ist. Des Weiteren wurden die Entschädigungen für den ehrenamtlichen Einsatz der Kommandanten und Geräte- und Jugendwarte nach vielen Jahren angepasst.

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



## **Energieeinsparung**

Seit 2021 beabsichtigt die Gemeinde, die Straßenbeleuchtung komplett auf LED umzustellen. Sie hatte dazu einen entsprechenden Förderantrag beim Bundesministerium für Umwelt gestellt. Nach einem Wechsel der dortigen Zuständigkeiten war der Antrag nicht mehr auffindbar. Die Verwaltung schlug einen Verzicht auf mögliche Förderung und sofortigen Start der Maßnahme vor. Die FDP plädierte jedoch dafür, nicht so schnell aufzugeben, und so wurde beschlossen, nachzuhaken und darauf zu drängen, den Förderantrag zu berücksichtigen. Parallel dazu starten die Vorbereitungen für eine Auftragsvergabe. Durch die Umstellung können Stromkosten in Höhe von etwa 40.000 € jährlich gespart werden, sodass sich die Maßnahme auch ohne Förderung innerhalb weniger Jahre amortisiert.

## **Freiflächen-Photovoltaik**

In einem Grundsatzbeschluss wurde grünes Licht für die Planung von zwei Photovoltaik-Freiflächenanlagen gegeben. Die Flächen, 4,2 bzw. 4,6 ha groß, befinden sich in den Ortsteilen Maising und Aschering. Ziel ist ein größerer Anteil von erneuerbarem Strom in Pöcking. Das Betreiber- und Vermarktungskonzept wird noch ausgearbeitet. Für die FDP im Gemeinderat ist dabei wichtig, dass kommunale Betriebe, örtliche Unternehmen und Bürger hierbei weitgehend eingebunden werden und sich an dem Projekt beteiligen können, sowie den erzeugten Strom abnehmen können.

## **Seefeld**

### **Bebauungsplan BRK-Kombigebäude**

An der Ulrich-Haid-Str. in Oberalting soll angrenzend an den Wertstoffhof ein Gebäude errichtet werden, das für das BRK neben Wohnungen für Rettungskräfte eine Station des Katastrophenschutzes, die Einsatzräume für die "Helfer vor Ort" und für eine mobile Schnelleinsatzgruppe der Wasserwacht umfassen soll. Für den Gemeinderat war die Gestaltung der Gebäude (Sattel- statt Flachdach) und die Errichtung eines Gehsteigs vor dem Anwesen von Bedeutung. Auch naturschutz- und wasserrechtliche Aspekte wurden in den Bebauungsplan eingearbeitet, der dann in dieser Form verabschiedet wurde.

## **Starnberg**

### **Seeanbindung**

Die Vergleichs- und Realisierungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn (DB) und der Stadt Starnberg wurde am 27.01.2023 in einer gemeinsamen Pressemitteilung vorgestellt.

Die Einigung umfasst grob folgende wichtige Punkte:

- Die Anlagen am Bahnhof See werden auf zwei Haltegleise mit außen liegenden Bahnsteigen und einem mittigen Durchfahrtsgleis reduziert.
- Die übrigen Anlagen werden rückgebaut.
- Die Durchfahrts-geschwindigkeit bleibt bei 60 km/h, Schallschutzwände sind **nicht** notwendig.



# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



- Das notwendige Wendegleis wird weiter südlich realisiert.
- Der Regionalzughalt wird an den Bahnhof Nord verlegt.
- Die Promenade kann deutlich ausgebaut werden und in allen Bereichen wird mehr Platz für Fußgänger und Fahrradfahrer geschaffen.

Diese Vereinbarung ist die vertragliche Grundlage, um den Bahnhof Starnberg See neu zu ordnen. Der Stadtrat Starnberg hatte dem Vertragsentwurf am 12.12.2022 zugestimmt. Die Finanzierung der Einigung ist noch nicht abschließend geklärt, hier ist Starnberg auf Zuschüsse vom Land und vom Bund angewiesen. Vereinbart wurde ein einmaliges Sonderkündigungsrecht der Stadt Starnberg für ein Jahr, falls die zur Projektumsetzung erforderliche Finanzierung nicht verfügbar ist. Das Projekt wird Bürgermeister Janik in einer Bürgerinformationsveranstaltung am 1. März 2023 genauer erläutern.

## **Ausschuss für Umwelt, Mobilität und Energie**

Die Straßenzüge Ferdinand-Maria-Straße, Himbselstraße und Riedener Weg werden als Fahrradzone eingerichtet.

## **Haupt- und Finanzausschuss:**

Der Zuschuss zur französischen Woche in Starnberg wird für das laufende Jahr auf 16.000 € erhöht. Auf der anderen Seite wurden andere Veranstaltung auf Grund der knappen Personalressourcen und Kosten für die Verwaltung abgesagt bzw. die Entscheidung dazu verschoben. Das kulinarische Wochenende Wein am See und das Schlossfest sollen nicht mehr durch die Stadt organisiert und durchgeführt werden. Die Faschingsgesellschaft Perchalla soll das Starnberger Faschingstreiben am Kirchplatz ab 2024 organisieren. Die Entscheidung zum Eiszauber im Januar 2024 soll im Juli erneut vorgelegt werden.

## **Bauausschuss**

Im Bauausschuss waren anfangs formale Themen auf der Tagesordnung. Der vorhabenzogene Bebauungsplan zur Kaiser-Wilhelm-Str. 1 wurde genehmigt, für den Spielplatz Percha Nord wurde der Flächennutzungsplan geändert,

Das fast schon berühmte Provisorium an der Kreuzung Josef-Jägerhuber-Straße / Leutstettener Straße / Kaiser-Wilhelm-Straße wurde erneut „verlängert“. Die notwendigen Ausbesserungen wurden beschlossen, eine dauerhafte Lösung ist auf Grund der hohe Kosten nicht in Sicht.

In Söcking wird auf der Andechser Straße bei der Bründlwiese eine Querungshilfe beschlossen. Diese ist insbesondere für die Schüler sehr wichtig.

## **Stadtrat Starnberg**

Die Tagesordnung in Starnberg war sehr überschaubar: Eine Defizitvereinbarung mit einer Kindertagesstätte wurde genehmigt und die Änderung des Flächennutzungsplans für den Spielplatz Percha Nord wurde bestätigt.

Eine kleine Diskussion entspann sich um den Antrag der Gewerbereferenten für ein Verbot des stillen Bettelns in der Innenstadt von Starnberg. Dies ist wohl aus rechtlichen Gründen so nicht möglich. Dennoch soll das bestehende Verbot des aktiven, aggressiven und organisierten Bettelns deutlich intensiver kontrolliert und stringenter gehandelt werden.

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



## Tutzing

Vor allem zwei große Aufreger gab es in der Januar Sitzung des Gemeinderats in Tutzing.

### **Mobilfunkmast Monatshausen**

Die Vodafone GmbH hat ein Unternehmen beauftragt, einen weißen Fleck in der Funklandschaft zu schließen. Eine entsprechende Suchkrisenanfrage ging bei der Gemeindeverwaltung bereits Mitte 2021 ein. Zwei in dieser Nähe befindliche Standorte, wo bereits Funkmasten vorhanden sind, wurden von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen. Diese kommen aber für das Unternehmen nicht in Frage. Über Anwohner war es der Verwaltung zu Ohren gekommen, dass der Mast südöstlich von Monatshausen aufgestellt werden soll. Vor allem von den Bewohnern in Monatshausen gab es verschiedene Bedenken. Klar wurde in der Diskussion im Gemeinderat, dass das vom Bund geforderte Ausbaukonzept der flächendeckenden Mobilfunkabdeckung einen so hohen Stellenwert hat, dass eine Verhinderung nahezu nicht infrage kommt. In der Sitzung war auch der Kreisbaumeister Dr. Kühnel zugegen. Er konnte dieses weitreichende Recht für den Ausbau erneut bestätigen. Auch im Falle einer Ablehnung der Baugenehmigung für den Funkmast durch die Gemeinde würde diese durch das Kreisbauamt ersetzt werden. Einzig ein neues Mobilfunkkonzept für die Gemeinde könnte mit explizit vorgeschlagenen Standorten für Funkmasten die Verhandlungsposition stärken. Hierfür fehlt aber die fachliche Expertise. Um bessere Standorte auszumachen, müsste ein Ingenieurbüro eingeschaltet werden. Dies verursacht aber Kosten. auch wäre die Haltbarkeit eines solchen Mobilfunkkonzeptes nur von kurzer Dauer, denn Technik und Notwendigkeit der Funkabdeckung sind sehr schnelllebig. Den Druck der öffentlichen Ablehnung wurde insofern nachgegeben, dass sich die Gemeinde jetzt zumindest juristischen Rat einholen möchte.

### **Flüchtlingscontainer**

Heiß diskutiert war nicht die Tatsache, dass die Gemeinde Tutzing selbstverständlich ihren Beitrag zur Flüchtlingsbewältigung beitragen möchte. Es ging hier vor allem um den Aufstellort für die Container. Für die Wahl des Ortes von Bedeutung sind die Zeit, die die Container stehen sollen und die Art der Belegung. Auch Integration und Teilhabe wie Einkaufsmöglichkeiten und Erreichbarkeit des Bahnhofs wurden in der Sitzung klargestellt. Der Gemeinderat fühlte sich durch die Verwaltung, die Bürgermeister und auch den Vortrag von Kreisbaumeister Dr. Kühnel und der Flüchtlingsbeauftragten Frau Neumann entscheidend unter (zeitlichen) Druck gesetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren nur zwei Standorte in der Diskussion: die ehemalige Rotkreuzalm im nordöstlichen Rand Tutzings gelegen, wo bereits vor Jahren Flüchtlingscontainer gestanden haben, und der Minigolfplatz unten am See, der seit drei Jahren nicht mehr betrieben wird. Mit dem Wissen, dass diese Container für gut zehn Jahre an dem jetzt gewählten Ort stehen bleiben sollen und es nicht möglich sein wird, die Belegung dauerhaft mit Familien garantieren zu können, zeigte sich in der Diskussion keine Einigung. Der Gemeinderat bat sich weitere zwei Wochen aus, um erneut die vorgebrachte Argumente zu überdenken und auch doch noch alternative Standorte zu finden. Von der Bürgermeisterin waren nämlich auch weitere private Grundstücke erwähnt worden, von denen aber noch keines zur Wahl gestellt werden konnte. Auch ein Standort im Klostersgarten bleibt weiter möglich, dort wollten sich die Klosterschwester

# Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten  
im Landkreis Starnberg



im Konvent noch beraten. Auch diese Antwort steht noch aus. Es wurde eine Sondersitzung am 31. Januar beschlossen, in der die Entscheidung gefällt werden soll. Laut Dr. Kühnel drängt die Zeit, da die Flüchtlinge bereits jetzt busseweise in die Landkreise verteilt werden. Zudem gibt es nur wenige Anbieter von Containern und eine Bestellung müsse jetzt eingehen, um zumindest in 4-5 Monaten mit Containern fertig für die Flüchtlingsaufnahme zu sein.

## **Antrag des Jugendbeirats auf geschlechtsneutraler Anrede**

Der Jugendbeirat hat den Antrag auf eine geschlechtsneutrale Anrede in allen gemeindlich verfassten Schriftformen gefordert. Die Sprecherin des Jugendbeirates konnte hierfür die Argumente in der Sitzung vorbringen. Aufgrund der Länge der Sitzung wurde die weitere Beratung jedoch in den Haupt- und Finanzausschuss verlegt. Ein vorher im Kreis der Kollegen gesammeltes Stimmungsbild deutet aber auf wenig Verständnis für einen Antrag dieser Art aus dem Jugendbeirat hin. Viele sehen andere Themen beim Jugendbeirat als wichtiger an. Es ist nicht offensichtlich, welches Interesse die Jugend bzw. Jugendarbeit in Tutzing durch so einen Antrag haben sollte. Auch stößt der Antrag an sich auf Ablehnung.